Nr. 327 * Ausgabe B Nr. 149
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr. 327

Abend-Ausgabe

Freitag, 18. Juli 1919
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Wiederaufnahme des Hamburg-Amerika-Verkehrs.

Deutsch-amerikanische Anleiheverhandlungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 18. Juli.

Aus Washington wird gemeldet: Julius Meyer, der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, ist gestern an Bord des holländischen Dampfers „Hoorden" nach Rotterdam abgefahren. Vor seiner Abreise erklärte er in einem Interview, er reise nach Deutschland, um die Beziehungen mit dem Hauptbureau in Hamburg wieder anzuknüpfen. Auf die Frage, ob es möglich wäre, einen regelmäßigen Zeppelin-Dienst von Deutschland nach Amerika einzuführen, erklärte er, daß er dies für den Augenblick nicht für möglich halte.

Aus London wird gemeldet: Im Unterhause erklärte der Vertreter des Schiffahrtskontrolleurs auf die Frage über die **Verwendung der in Amerika internierten deutschen Schiffe,** daß die englische Regierung bereits Schritte unternommen habe, um diese Schiffe für den Weltverkehr zur Verfügung stellen zu können, daß es aber Monate dauern werde, ehe die Mehrzahl dieser Schiffe ausfahren könne.

Aus New-York wird gemeldet: „New York Tribune" erfährt, daß die Deutsche Bank im Namen der deutschen Regierung über ein großes Darlehn in Amerika unterhandelt. Der erste Kredit soll 50 Millionen Dollar betragen. Auch die Schweiz versucht, ein Darlehn von 30 bis 40 Millionen Dollar in Amerika zu erhalten, während Dänemark bereits einen Kredit von 15 Millionen Dollar erworben hat.

Aus London wird gemeldet: Der Korrespondent der „Daily News" berichtet, daß die Vereinigten Staaten Maßregeln für die Ausfuhr von 100 Millionen Tonnen Steinkohlen zu 22 Schilling pro Tonne getroffen haben. Der Preis für eine Tonne englischer Steinkohlen beträgt dagegen 60 Schilling. Amerikanische Sachverständige erklären, daß die britischen Arbeiter jetzt 65 Tonnen pro Jahr und Kopf weniger zutage fördern als im Jahre 1900 und daß die Hälfte amerikanischer Kohlen maschinell gefördert wird.

Stockholm, 18. Juli. (T. U.)

In hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, daß der bisherige amerikanische Gesandte in Stockholm, Morris, voraussichtlich zum Botschafter in Berlin ernannt werden wird. Morris, der Amerika seit Ende August 1914 in Schweden vertritt, erfreut sich hier großer Beliebtheit. Durch geschickte Beratung seiner Regierung hat er es verstanden, die schwedisch-amerikanischen Beziehungen in besonderem Grade zu fördern. Man rühmt hier namentlich sein entgegenkommendes Verhalten bei der Lebensmittelversorgung Schwedens und seine ebenso eifrige wie erfolgreiche Tätigkeit für den Ausbau der Handelsbeziehungen. Die Entwicklung der deutschen Verhältnisse während der letzten Jahre hat Morris mit großem Interesse beobachtet. Die Bestrebungen, Deutschland nach Abschluß des Waffenstillstands mit Lebensmitteln zu versorgen, hat er nach Möglichkeit zu fördern gesucht. Morris weilt seit einigen Wochen dienstlich in seiner Heimat.

Die gefürchteten Vorbehalte des amerikanischen Senats.

(Telegramm.)

Versailles, 17. Juli.

Mehrere Blätter melden, daß einzelne Ausschüsse der Friedenskonferenz nicht arbeitsfähig sind, weil Präsident Wilson vor der Abreise die amerikanischen Vertreter angewiesen habe, die Stze in den Ausschüssen, auf die Amerika Anspruch habe, freizulassen, bis der amerikanische Senat den Friedensvertrag ratifiziert habe. Wilson vertrete den Standpunkt, daß jeder Vorbehalt, den der Senat mache, einer Ablehnung des Friedensvertrags gleichkomme.

Das Ende des Stettiner Generalstreiks.

Wiederaufnahme der Arbeit.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

H—r. Settin, 18. Juli.

In einer heute vormittag in den Amorsälen stattgefundenen Vertrauensmännerversammlung der Gewerkschaften wurde mit großer Stimmenmehrheit beschlossen, den **Generalstreik zu beenden und die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.** Die lebenswichtigen Betriebe sollen heute nachmittag bereits die Arbeit wieder aufnehmen, während die übrige Arbeit morgen in vollem Umfange wieder einsetzt. Die meisten Geschäfte sind bereits geöffnet; die Straßenbahner und die Eisenbahnarbeiter haben sich schon auf ihre Arbeitsstellen begeben.

Aufhebung des Belagerungszustandes über Pommern.

Stettin, 18. Juli. (W. T. B.)

Die Verhandlungen im Oberpräsidium zu Stettin am 17. Juli haben eine Uebereinstimmung der Vertreter der Zivil- und Militärbehörden mit den Vertretern der Bevölkerung darüber ergeben, daß gegenwärtig ein Grund zur Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in der Provinz Pommern nicht besteht.

Die Kommissare des Staatsministeriums, Unterstaatssekretär Meyer und Krezinski, haben infolgedessen kraft der ihnen erteilten Vollmachten namens der Staatsregierung **den über Teile der Provinz verhängten Belagerungszustand aufgehoben.** Hierdurch entfallen die Maßnahmen, die auf Grund des am 12. Juli verhängten vorläufigen Belagerungszustandes und der demgemäß ergangenen Verordnungen ergriffen sind, insonderheit etwaiger Verhaftungen. Es wird ferner darauf hingewirkt werden, daß Verurteilungen auf Grund des betätigten Belagerungszustandes gegen politische Vergehen im Hinblick auf Angemessenheit eines Straferlasses nachgeprüft werden.

Gleichzeitig ist im Einverständnis mit den Vertretern des Generalkommandos die Zusicherung gegeben worden, daß in Zukunft Maßnahmen von der Bedeutung des Belagerungszustandes **nicht ohne Zustimmung der Zivilbehörden** und im Benehmen mit den Vertretern der Arbeiterschaft getroffen werden.

Die Kommissare glaubten sich hierzu um so eher entschließen zu können, als die Vertreter der Arbeiterschaft **die sofortige Aufhebung des Generalstreiks zugesagt** haben. Es wurde auch insbesondere von ihnen anerkannt, daß nach dem Abschluß von Tarifverträgen die beiden Parteien gebunden sind, jeden Tarifbruch zu verwerfen, und daß er namentlich während der Erntezeit ein Vergehen gegen die Gesamtheit ist. Zwecks Ueberwachung der Innehaltung der Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten werden unverzüglich Schlichtungsausschüsse auf Grund des Gesetzes vom 23. Dezember 1918 eingerichtet werden, soweit es noch nicht geschehen ist. Den Landräten ist es aufgegeben, über das diesserhalb Veranlaßte spätestens bis zum 10. August zu berichten. Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben sich schon bei den Vorberatungen zu beteiligen. Der Bürgerstreik ist als beendet erklärt worden.

Der Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Genf, 18. Juli.

Wie Bureau Europa Preß erklärt, soll mit dem Rücktransport der in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen demnächst begonnen werden. Es ist täglich ein Zug für Schwerverwundete und zwei Züge für Soldaten vorgesehen. Die Zivilgefangenen werden über Bouveret geleitet werden.

Vertreetertag des Volksbundes zum Schutze deutscher Kriegs- und Zivilgefangenen.

Im Plenarsitzungssaal des Herrenhauses hält gegenwärtig der Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen einen Vertreetertag ab, der von Delegierten der 3000 Ortsvereine sehr zahlreich beschickt ist. Am heutigen Vormittag begann der Vertreetertag mit einer Vollsitzung des Volksbundes und der ihm angeschlossenen Reichsvereinigung ehemaliger Kriegs- und Zivilgefangener, zu der u. a. Vertreter des Kriegsministeriums verschiedener Bundesstaaten, der Reichszentralstelle für Kriegsgefangenenfürsorge und der Stadt Berlin teilnahmen. Namens des Vorstandes gab der Vorsitzende v. Goertzke einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Bundes seit des Lehnhauser Vertreetertages unter besonderer Berücksichtigung der Mitwirkung des Volksbundes in Fragen der Kriegsgefangenen bei den Friedensverhandlungen. Aus den weiteren Ausführungen des Redners ist noch zu entnehmen, daß das Hilfswerk für die Kriegs- und Zivilgefangenen 10 Millionen Mark an Sammlungen ergeben hat, von denen zwei Drittel dem Hilfswerk verbleiben, während das letzte Drittel der Kriegsgefangenen-Heimkehr zufließt. Rittmeister v. Lersner kennzeichnete dann die Hauptaufgaben der nächsten Zeit, deren eingehende Erörterung Hauptzweck der gegenwärtigen Tagung sein müsse. Es ist eine ungeheure Aufgabe, 800 000 Männer mit verbitterten Herzen in unsere Volksgemeinschaft aufzunehmen. Diese Heimkehrenden können uns retten, können uns aber auch in den Abgrund führen.

*

Ueber die Verhandlungen über den Wiederaufbau in Frankreich und Belgien, die am Freitag der vergangenen Woche in Paris stattgefunden haben, erfahren wir, daß es sich in der Hauptsache um Vorbesprechungen handelte. An den Beratungen nahmen als Vorsitzender der französische Minister für den Wiederaufbau Loucheur, je ein amerikanischer, englischer, italienischer und belgischer Vertreter und Unterstaatssekretär Schröder vom Reichsfinanzministerium teil. Im Laufe der Verhandlungen gab Minister Loucheur die Erklärung ab, daß die französische Regierung die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen nicht von der Gestellung von freien Arbeitern für den Wiederaufbau abhängig mache.

Der Staatskommissar für die Kriegswohlfahrtspflege in Preußen hat dem Bund der deutschen Grenzmarkenschutzverbände in Berlin die Erlaubnis erteilt, Sammlungen aller Art zum Besten der Fürsorge für die Flüchtlinge aus den besetzten Gebieten zu veranstalten, um eine Hilfsaktion größten Stils zu ermöglichen. Die Fürsorge wird sich auf die Flüchtlinge aus den Ostprovinzen, aus den westdeutschen Provinzen, aus Schleswig und aus Elsaß-Lothringen erstrecken. In erster Linie liegt die Flüchtlingsfürsorge naturgemäß dem Staate und dem Reiche ob. Die Not der Hunderttausenden von Flüchtlingen ist aber so groß und erfordert so schnelle und vielseitige Hilfe, daß die private Unterstützung gar nicht zu entbehren ist.

Das deutsche Privateigentum in den Ostmarken.

Die Frage der Liquidation.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

E. D. Weimar, 18. Juli.

Die Frage, ob das deutsche Privateigentum nach dem Friedensvertrage ohne weiteres von der polnischen Regierung nach Abtretung der betreffenden Gebiete liquidiert werden kann, wird gegenwärtig in den Ostmarken auf das Lebhafteste diskutiert. Sowohl der ursprüngliche Friedensvertrag als auch die von der Entente zugestandenen Abänderungen haben die Frage der Liquidation deutschen Privateigentums im Osten nur ganz unklar beantwortet. Zunächst wird man unterscheiden müssen zwischen den Deutschen, die vor dem 1. Januar 1908, dem Jahre des preußischen Enteignungsgesetzes, ihren Wohnsitz nach Westpreußen und Posen verlegt haben, und denjenigen, die erst danach in diese Gebiete zugezogen sind. Die zweite Kategorie kann die polnische Nationalität nur mit besonderer Erlaubnis des polnischen Staates erwerben. (Artikel 90.) Versagt die polnische Regierung einem solchen Gesuche die Bestätigung, so können, ganz nach Belieben der polnischen Behörde, die Betreffenden innerhalb weniger Tage ausgewiesen werden. „Alle anderen Personen dürfen innerhalb zweier Jahre ohne Einschränkung ihr Optionsrecht ausüben und können dann in den nächsten zwölf Monaten ihren Wohnsitz in den Staat verlegen, für den sie optiert haben. Sie können nach Artikel 91 „den Grundbesitz behalten, den sie im Gebiet des Staates besitzen, in dem sie vor ihrer Option wohnten. Sie können ferner allen beweglichen Besitz zollfrei in das Land mitnehmen, für das optiert haben, und werden für ihn von allen etwa bestehenden Ausfuhrzöllen oder Gebühren befreit."

Nach Artikel 297 Absatz b behalten sich die alliierten oder assoziierten Mächte das Recht vor, „alles Eigentum, alle Rechte und Interessen der deutschen Reichsangehörigen oder der durch sie beherrschten Gesellschaften innerhalb ihrer Gebiete, ihrer Kolonien, Besitzungen und Schutzgebiete, einschließlich der Gebiete, die ihnen durch den gegenwärtigen Vertrag abgetreten worden sind, zurückzubehalten und zu liquidieren. Die Liquidation erfolgt nach den Gesetzen des interessierten alliierten oder assoziierten Staates, und der deutsche Eigentümer darf weder über dieses Eigentum, diese Rechte und Interessen verfügen, noch sie ohne Zustimmung dieses Staates belasten. Deutsche Reichsangehörige, welche gemäß den Bestimmungen dieses Vertrages ipso facto die Staatsangehörigkeit einer alliierten oder assoziierten Macht erwerben, gelten nicht als deutsche Reichsangehörige im Sinne dieses Paragraphen."

Dieser Artikel ist in dem von der Entente abgeänderten Friedensvertrag ergänzt und in dem Memorandum, wie folgt, erläutert worden: „Hinsichtlich der Mächte, welche nach Maßgabe der Friedensbedingungen auf Wiedergutmachung keinen Anspruch haben, ist die Sache nunmehr derart geregelt worden, daß unbeschadet der durch diesen Vertrag der Commission des réparations zugewiesenen Rechte der Erlös von Liquidationen unmittelbar an den Eigentümer ausgezahlt werden soll. Wenn auf Antrag des Eigentümers der durch Abschnitt 6 vorgesehene gemischte Schiedsgerichtshof oder ein von diesem ernannter Schiedsrichter der Ansicht ist, daß die Verkaufsbedingungen oder die von den alliierten oder assoziierten Mächten ergriffenen Maßnahmen, auf Grund deren die Liquidation erfolgte, außerhalb der allgemeinen Gesetze den erzielten Preis in ungerechter Weise beeinträchtigt haben, so soll die Kommission befugt sein, in ihrem Ermessen eine angemessene Entschädigung zu bewilligen, welche von den beteiligten alliierten und assoziierten Mächten dem Eigentümer zu zahlen ist."

Der von der Entente mit roter Tinte abgeänderte ursprüngliche Friedensvertrag faßt dieses Zugeständnis in die folgenden Worte: „Soweit die abzutretenden Gebiete an neugeschaffene oder solche Staaten fallen, die keinen Anspruch auf Kriegsentschädigung haben, sollen die Liquidationserlöse nach dem abgeänderten Vertragstext unter gewissen Bedingungen an die Berechtigten ausgezahlt werden. Auch sollen diese unter Umständen einen Anspruch auf Ersatz haben."

Man sieht, ein klares Bild läßt sich im Augenblick noch nicht über die Liquidationsfrage gewinnen. Es ist daher durchaus begreiflich, daß die Abgeordneten der Ostmarken in der Nationalversammlung an die Regierung und die Friedensstelle mit dem Ersuchen herangetreten sind, sofort eine Klärung dieser Frage herbeizuführen, um das deutsche Privateigentum vor den Zugriffen der Polen zu sichern.

Unseres Erachtens scheint die Sachlage so zu sein: Alles Eigentum Reichsdeutscher in den abzutretenden Gebieten, die nicht dort ihren Wohnsitz haben, kann von den Polen liquidiert werden, doch muß der Liquidationserlös direkt an die Eigentümer gezahlt werden. Das Eigentum derer, welche vor dem Jahre 1908 in den beiden Provinzen ansässig waren, ist nicht gefährdet. Dagegen ist das Eigentum derjenigen, welche erst seit dem 1. Januar 1908 ihren Wohnsitz daselbst genommen haben, insofern einer erheblichen Gefahr ausgesetzt, als sie sozusagen über Nacht ausgewiesen werden können und dann womöglich Hals über Kopf ihr Hab und Gut verkaufen müssen, wenn die polnische Regierung es ablehnt, sie in den polnischen Staatsverband aufzunehmen. Schwierig ist die Auseinandersetzung in den Fällen, in denen ein Reichsdeutscher an einem Unternehmen, einer Fabrik, einem Hause usw. in Westpreußen oder Posen nur beteiligt ist. Ob eine Uebertragung dieses Eigentumsanteils an den ansässigen Westpreußen oder Posener von den Polen anerkannt werden muß, bedarf noch der Feststellung.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Ausführung des Versailler Friedensvertrages werden alle diese Zweifelsfragen unbedingt klären müssen.

*

Das W. T. B. macht über die Liquidationsfrage noch folgende Mitteilungen:

Gebiete, deren etwaige Abtretung an Polen oder die Tschecho-Slowakei sich **erst nach einer Volksabstimmung** entscheidet. Hier gelten grundsätzlich die gleichen Regeln wie in den ohne Abstimmung abzutretenden Gebieten. Jedoch kann die Liquidation selbstverständlich nur dann erst dann erfolgen, wenn die Abstimmung die Loslösung von Deutschland zur Folge haben sollte.

Der Verzicht Deutschlands auf das Gebiet von **Danzig** wird zwar zugunsten der alliierten und assoziierten Mächte ausgesprochen. Diese erwerben das Gebiet indes nicht für sich, sondern haben es als Freistadt zu begründen, die unter den Schutz des Völkerbundes gestellt wird. Eine Liquidation deutscher Vermögenswerte können die alliierten und assoziierten Mächte daher in diesem Gebiete überhaupt nicht vornehmen.

Auf das Gebiet von **Memel** verzichtet Deutschland ebenfalls zugunsten der alliierten und assoziierten Mächte. Aber auch hier handelt es sich nicht um einen endgültigen Erwerb durch diese Mächte. In dem der deutschen Friedensdelegation übergebenen Memorandum vom 16. Juli ist vielmehr hervorgehoben worden, daß die Unbertragung des eGbiets an die alliierten und assoziierten Mächte deshalb erfolge, weil die Rechtsverhältnisse der litauischen Gebiete noch nicht bestimmt seien. Danach wird angenommen werden müssen, daß eine Liquidation deutscher Vermögenswerte in dem Gebiet nicht in Frage kommt.

Erfolge Tittonis auf der Pariser Konferenz.

Ein Umschwung in den Beziehungen Italiens zu Frankreich? — Die kühle italienische Presse. — Fiume.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Lugano, 18. Juli.

Nach den neuesten Pariser Telegrammen scheint Tittoni die bisher für Italien wenig günstige Stimmung der Pariser Konferenz allmählich geändert zu haben. So wurde Tittoni auf Vorschlag Clemenceaus mit der Prüfung des bulgarischen Grenzproblems beauftragt, was in Rom als große Ehre betrachtet wird. Ferner ist, wie Venizelos in einem Gespräch über die kleinasiatische Frage mitgeteilt hat, in Paris gleichfalls auf Tittonis Anregung beschlossen worden, der Pforte mitzuteilen, daß die Entente den Waffenstillstand mit der Türkei aufrechterhalte, also sich mit der Türkei nicht im Kriege betrachte. Durch diesen Beschluß werde einerseits der griechische Vormarsch aufgehalten, andererseits die Begrenzung der griechischen und italienischen Einflußzone in Kleinasien vorbereitet. Auch für die endliche Lösung der Adriafrage habe Tittoni weit bessere Aussichten als Orlando und Sonnino. „Der neuen italienischen Delegation", sagt „Secolo", gelang es, die französisch-italienischen Beziehungen erheblich zu bessern." Das kam auch in Rom in den jüngsten Reden Tittonis und Nittis zum Ausdruck und in Paris durch die wahrhaft herzliche Begrüßung der italienischen Truppen durch das französische Volk. Die begreifliche freundliche Aufnahme der in Paris einziehenden italienischen Truppen seitens der französischen Bevölkerung wird allerdings von der italienischen Presse ohne Begeisterung vermerkt. Nur der „Corriere della Sera" erklärt sich über die „echt brüderliche Gesinnung der Franzosen gegenüber Italien" tief gerührt. Leider sei aber nur bei den Völkern eine derartige Gesinnung zu bemerken. Hier höre man sogar beim Vorübermarschieren der Italiener den Ruf: „Ihr sollt Fiume haben!" „Es wäre besser," so sagt das Blatt, „wenn auch die Pariser politische Welt und die leitenden Kreise italienfreundlich wären, statt sich nur von kühler Staatsraison leiten zu lassen. Möchten diese Kreise doch bedenken, daß jeder Sprung im Block der Sieger die deutsche Revanche erleichtere. Frankreich sei also vernünftig und gebe den Italienern Fiume heraus." Noch deutlicher äußert sich „Popolo d'Italia", der erklärt, Italien habe von Frankreich zu viel Enttäuschungen erfahren, um sich einem leichten Enthusiasmus hinzugeben. Wo auch Italien hinblicke: hinter jedem seiner Feinde erblicke man eine blaue französische Uniform. Erst wenn Frankreich den Italienern zu Fiume verholfen habe, sei eine ehrliche Aussöhnung möglich, sonst nicht.

Die englische Bergarbeiterkrise.

Erregte Debatte über die Rede Carsons.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Haag, 18. Juli.

Aus London wird gemeldet: Die Konferenz der Bergarbeiter in Keswick hat einen Antrag angenommen, der darauf hinausgeht, daß die Bergarbeiter zu einem Zusammenwirken mit der Regierung zur Ermöglichung einer besseren Kohlenerzeugung unter den Bedingungen bereit sind, daß die Regierung die Vorschläge des ersten Gutachtens der Steinkohlenkommission durchführt und gleichzeitig gesetzgebende Schritte für die Verstaatlichung der Bergwerke einleitet. Die große Mehrzahl der Konferenz beschloß dann, den von Bonar Law gemachten Vorschlag, während dreier Monate nicht in den Streik zu treten, abzulehnen. Auf eine Anfrage im Unterhause wurde seitens der Regierung die Ansicht geäußert, daß die Entwicklung der Steinkohlenindustrie auf Spitzbergen noch nicht soweit fortgeschritten sei, als daß man für die nächste Zeit von dort eine nennenswerte Hilfe für die Kohlenindustrie zu erwarten habe.

Auch das Oberhaus behandelte die Kohlenfrage. Dort ist Lord Milner für eine redliche Lösung der Kohlenfrage angesichts der augenblicklichen sehr ernsten Lage eingetreten. Er erklärte, daß in der ganzen Welt jetzt eine Bewegung für die Erhöhung der öffentlichen Kontrolle für erste Lebensbedürfnisse, wie Kohlen, im Gange sei und befürwortete, daß von Staats wegen wenigstens Versuche in der Richtung der Nationalisierung unternommen werden. Die „Westminster Gazette" vom Donnerstag abend und andere Blätter unterstützen diesen Standpunkt der Regierung stark.

Unterhaus: Die Bergbauvorlage, die den von der Regierung versprochenen Siebenstundentag festsetzt, wurde in zweiter Lesung angenommen.

„Hollandsch Nieuwsbureau" meldet aus London: Die Ulsterrede Sir Edward Carsons, in der er sich drohend über den Widerstand Ulsters gegenüber Homerule geäußert hat, bildete gestern abend den Gegenstand ernster Debatten im Unterhause. Lord Hugh Cecil bezeichnete die Rede in der gegenwärtigen Lage als unverzeihlich, und scharfe Einwendungen wurden von den Mitgliedern O'Connor, Clynes, Sir Donald Macleen und anderen gemacht. Zu Anfang der Sitzung sagte Bonar Law, daß die Regierung ihre juristischen Ratgeber in bezug auf die Rede befragt habe. Sie hätten erklärt, daß es keine Gründe gäbe, denen zufolge eingegriffen werden könnte. Sir Gordon Hewart, der Generalstaatsanwalt, sagte, daß die beiden Stellen in der Rede Carsons, in denen er den Aufruf von Freiwilligen und den Widerstand gegen die Regierung streifte, rhetorische und hypothetische Phrasen gewesen seien, die aber keineswegs als Verbrechen bezeichnet werden könnten. Bonar Law erklärte zu Beginn der Debatte, daß ihm nichts unangenehmer sein könnte, als gegen Sir Edward Carson auftreten zu müssen, weile sie früher politische Kameraden gewesen seien. Er erkenne aber an, daß vor dem Gesetze Gleichheit bestehen müsse, und hätte die Regierung entschieden, daß Carson gegen die Gesetze verstoßen hätte, würde er eine Verfolgung eingeleitet haben oder zurückgetreten sein. Der Standpunkt der Regierung wurde mit 217 gegen 73 Stimmen gebilligt.

Das „Handelsblad" meldet vom 17. d. M. aus London: In politischen Kreisen bildet das Hauptinteresse die Frage der Gründung einer neuen Zentrumspartei, wozu etwa hundert Parlamentarier die Initiative ergriffen haben. Die Angelegenheit erhält besondere Bedeutung durch die Rede Carsons, der kurz zuvor Lloyd George besucht hatte. Deshalb wird die Frage erörtert, ob Lloyd George den Plan gutheißt und er sich an die Spitze der neuen Partei stellen werde. Ein bekannter Koalitionsliberaler hat in dem „Manchester Guardian" die Angelegenheit besprochen. Er blieb dabei, daß sich keine neue Partei oder ein neuer Block von Parteien bilden könne, außer auf einer bestimmten Politik, obwohl er nicht glaubt, daß die Unionisten und Liberalen sich auf eine Politik vereinigen könnten. Er meinte jedoch, daß Carson einerseits und die unabhängigen Liberalen andererseits beabsichtigen, die gemäßigten Liberalen und Unionisten zu einer Vereinigung zu bringen. Der „Manchester Guardian" meint, daß die Angelegenheit übertrieben, jedoch Carsons Rede von Bedeutung sei. In allen politischen Kreisen werde gehofft, daß die politische Atmosphäre im Hause, welche in so vielen Punkten unsicher sei, bei der ersten Gelegenheit von Lloyd George gesäubert werde.

Eine Meldung aus London vom 17. Juli besagt: Im Unterhause teilte Chamberlain mit, daß die Gesamteinzahlungen auf die Siegesanleihe 708 Millionen Pfund Sterling betr[...] wovon 529 Millionen neues Geld und der Rest Konversi[...] seien. Chamberlain erklärte, daß diese Zahlen, alle Umstän[...] Betracht gezogen, ein sehr befriedigendes Resul[...] bilden. Das Haus werde einsehen, daß die finanzielle Lage [...] immer von vielen Schwierigkeiten umgeben sei, und daß [...] Umsicht nötig sei, sowohl in den nationalen Finanzen, wie [...] in den Privatausgaben.

Der geplante Generalstreik in Frankrei[ch]

Paris, 18. Juli. (T. [...])

Zu dem von der Confédération du Travail auf den 21. Jul[i] gekündigten Proteststreik ist die Lage noch immer ungekl[ärt,] nämlich was die Eisenbahner anbelangt. Zahlreiche [...] bahnervereinigungen, so z. B. die Staatseisenbahner von Saintes[...] Eisenbahner der Mittelmeerbahn, haben beschlossen, an dem [...] nicht teilzunehmen. Aehnliche Beschlüsse wurden von einzelnen [...] arbeiter- und Eisenwerkarbeitergruppen gefaßt. Trotzdem besteht [...] Generalsekretariat des Nationalen Eisenbahnerverbandes auf [...] Durchführung des Streikes. Der Generalsekretär Sidegara[...] klärt in der „Humanité", daß der einmal gefaßte Besch[luß] und der einmal gegebene Befehl auch ausgeführt werden [...] Die sozialistischen Führer wollen also mit allen Mitteln auf [...] Durchführung des Generalstreikes bestehen. Dies ist um so ge[fähr]licher, als die Sozialisten bereits am 14. Juli das franzö[sische] Nationalgefühl verletzten, indem sie die Siegesfeier lächerlich zu m[achen] versuchten. Dem Generalstreik in Frankreich ist schon im voraus [...] Schicksal beschieden, an dem ernsthaften Widerstand der Gemäß[igten] und der Regierung zu scheitern, da diese auf dem einmal gef[aßten] Standpunkt verharrt.

Die Verurteilung der früheren türkischen Minister.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Genf, 18. Juli.

Die Blätter melden aus Konstantinopel, daß die türkische R[egie]rung bei der Entente Schritte unternehmen will, um die Auslief[erung] der früheren Minister Talaat und Enver und Dsche[mal] Pascha durchzusetzen, die bekanntlich vom Kriegsgericht zum [...] verurteilt wurden und sich angeblich in Deutschland aufhalten so[llen.] (Diese Forderung ist von ententefreundlicher türkischer Seite be[reits] früher erhoben worden. Es braucht nicht noch einmal gesagt [zu] werden, daß eine solche Verletzung des Asylrechts von deut[scher] Seite gegenüber den früheren Verbündeten auf keinen Fall in F[rage] kommen könnte. Auch der Friedensvertrag bietet der Entente [...] Handhabe, eine solche Forderung „durchzusetzen". Die Red.

Deutschösterreich und die Nationalstaaten

Eine neue Note an die Friedenskonferenz.

St. Germain en Laye, 17. Juli. (W. T. B.)

Die deutschösterreichische Friedensdelegation überreichte [der] Friedenskonferenz eine Note, die den Vorschlag begrün[det,] der Friede möge so geschlossen werden, daß die Grenzen und [die] völkerrechtliche Stellung Deutschösterreichs sowie die Bedingun[gen] des Friedens zwischen Deutschösterreich und den kriegführen[den] Mächten im Friedensvertrag selbst erledigt, die politischen, [wirt]schaftlichen und finanziellen Auseinandersetzungen zwischen [den] Nationalstaaten dagegen einem besonderen Abw[ick]lungsausschuß zugewiesen würden. Dadurch würde [der] Friedensschluß beschleunigt und den Interessen der Sukzessi[ons]staaten gedient, zwischen denen nur dann ein friedliches Verh[ält]nis zu erwarten sei, wenn sie sich im Wege des Rechtes und [...] Vergewaltigung trennten. Der Friedenskongreß möge zu di[esem] Zweck einen internationalen Ausschuß für die Nachfolgesta[aten] schaffen, in den Vertreter aller Nationalstaaten und der [...] Großmächte aufgenommen würden. Eine weitere Note der deu[tsch]österreichischen Friedensdelegation erklärt zu der Frage der M[eist]begünstigung, daß viele Bestimmungen des Friedensvertrages [...] die Industrie und den Handel Deutschösterreichs unnatürlich [...] ungünstig seien, weil sie ihnen die den anderen Nation[al]staaten gewährte Meistbegünstigung vorenthi[el]ten. Deutschösterreich müsse verlangen, daß sie auch ihm e[in]geräumt werde.

Der philosophische Komiker.

Von [Nachdruck verboten.]

Hellmuth Krüger.

Ein junger Privatdozent mit einer Hornbrille faßte eines Abends im Theater, während das Publikum um ihn sich vor Lachen bog, den Urquell dieses Vergnügens scharf ins Auge und beschloß, eine grundlegende Abhandlung über den Sinn der komischen Schauspielkunst zu verfassen.

Das Gelächter stieg, schwankte und überkugelte sich, schnellte gluckfend in die Höhe und brach prustend zusammen, der junge Gelehrte aber sah mit ernsten Augen auf den berühmten Komiker und bemühte sich, das Komische seiner Erscheinung mit intuitiver Treffsicherheit zutiefst zu erfassen.

Er kannte Bergsons Buch über das Lachen, und indem er nachdenklich die Lippen zusammenpreßte, entsann er sich jener Theorie, die aus dem Strom des Lebens entgleiste, aus der Bahn des geradeaus rollenden Seins geschleuderte Erscheinungen komisch nennt, wenn der räumlichen Entgleisung eine tiefe seelische Unschuld des Entgleisenden beigesellt ist. Er starrte auf die Bühne und verlor plötzlich den Faden der gefundenen Theorie, da er den berühmten Komiker mit einem ganzen Knäuel der verwickeltesten Fäden beschäftigt sah, und zwar mit einem so komischen Mißglücktsein der Bewegungen, mit einer so kindlichen Unschuld, als hätten seine Sinne längst das Wissen um die räumlichen Dinge verloren. Der junge Privatdozent mußte lachen — und noch lachend ward er sich dessen bewußt, daß er nicht nur einen Reiz verspürte, der flüchtig und leicht verflog, sondern daß sein ganzer Mensch bewegt war, daß seinem Lachen die eigentlich menschliche Weihe erteilt ward, zu deren Ausgangspunkt ihm die unbefangen-schuldlose Seele des Menschen hinter dem räumlich mißglückten Bild des Darstellers geworden war. Der Vorhang fiel, das Publikum eilte in die Garderoben, der junge Gelehrte suchte in allen Taschen nach seiner Garderobenmarke und gab so unbewußt ein treffliches Beispiel seiner Theorie. Da den beiden jungen Mädchen, die ihn beobachteten, aber das geisteswissenschaftliche Rüstzeug fehlte, so kicherten sie über ihn, ohne sich der eigentlich menschlichen Weihe bewußt zu werden, die theoretisch ihrem Gelächter zukam.

Zu Hause setzte sich der junge Privatdozent an den Schreibtisch und schrieb eine lange Abhandlung mit großen A's und kleinen a's und erfaßte erstens den Zweck der Schauspielkunst und zweitens den Sinn der Schauspielkunst und drittens die komische Kunst des berühmten Komikers Wadazil, die ein höheres Ziel kennt als den bloßen Zweck aller Schauspielkunst, die Einheit von Verkörpern und Verstehen, durch die der Dichter dem Publikum vermittelt wird.

Hier sah er den Künstler, der den ewigen Widerspruch des unräumlichen Geistes und des räumlich-sinnlichen Stoffes überwand, aber nicht, indem er den Betrachter als glückselig Berauschten über die Zweiheit dieser Wurzeln hinwegzerrte, sondern indem er ihre Erkenntnis verkündigte und sich somit eine einzigartige geistesgeschichtliche Stellung errang. Die Vermittlung ganz moderner, ganz metaphysisch tiefer Ideen durch schauspielerische Mittel ward hier zum ersten Male mit kühner Klarheit erfaßt; zum ersten Male ward die Größe eines Schauspielers aufs schärfste erkannt, eine Größe, nicht in dem Zweck bestehend, dem jede Schauspielkunst Mittel ist, sondern darin, eine tiefe Erkenntnis mitzuteilen, die weder von Garrick noch von Kainz, noch je von einem vermittelnden Künstler erkannt wurde.

Diese Abhandlung wurde alsbald gedruckt, und das erste Exemplar übersandte der junge Privatdozent dem berühmten Komiker, dem eigentlichen Veranlasser der tiefen neuen Entdeckungen, mit einer dankbaren Widmung für die geistige Anregung. Und er nannte ihn huldigend den philosophischesten Komiker, der je die Bretter betreten.

Der berühmte Komiker saß beim Kaffee und sah die Morgenpost durch. Er öffnete das Paket, blätterte in dem Buch herum, kniff die Augen zusammen, schüttelte den Kopf, las stirnrunzelnd die Widmung, blätterte wieder, versuchte eine Seite zu lesen, verlor nach zwei Sätzen den Zusammenhang, las noch eine Seite — blätterte weiter, hielt erschöpft inne und versuchte den Ideengängen des Gelehrten zu folgen.

Plötzlich mußte er laut und herzlich lachen.

Erstaunt blickte seine Frau von der Morgenzeitung auf: „Was ist dir?" fragte sie besorgt.

„Da behauptet einer, festgestellt zu haben, warum die Leute über mich lachen", sagte er, „und dann hat er ein Buch darüber geschrieben."

Die Frau lächelte: „Da braucht man doch kein Buch zu schreiben, das weiß ich auch. Die Leute lachen über dich, weil du komisch bist."

„Was denn, was denn —", sagte er und sah sie bedeutend an, „meine Liebe, die Leute lachen über mich, weil ich ein Philosoph bin."

„Sind Philosophen denn so komisch?" fragte sie belustigt.

„Komisch — einen Moment, meine Liebe —" er hob die Stimme, „wenn einer im Theater sitzt und anfängt, darüber nachzudenken, weshalb er über mich lacht, so ist das schon der komischeste Philosoph, der mir je vorgekommen ist."

Deutscher Dank an die Schweizer Wissenschaft. Die deutsche Regierung hat der Schweiz die bedeutende Bibliothek des verstorbenen Berliner Germanisten Professor Dr. Max Roediger zum Geschenk gemacht. Sie ist dem deutschen Seminar der Universität Bern überwiesen worden, deren Direktor, Professor Dr. Harry Maync (ein gebürtiger Berliner), der Herausgeber des 1910 von Professor Billeter (Zürich) entdeckter Ur-Meister, ist. Die Schenkung, die noch von der kaiserlichen Gesandtschaft in Bern eingeleitet war, soll ein Dank sein für die Hilfe, die den deutschen Kriegsgefangenen, besonders den Studierenden, bei ihrem Studium an den schweizerischen Universitäten zuteil geworden ist.

Totenfeier der Heidelberger Universität. Aus He[idel]berg wird uns geschrieben: Wie ungeheuer das Blutopfer ist, [das] Deutschlands akademische Jugend dem Kriegsmoloch dargebr[acht] hat, kam in einer akademischen Trauerfeier in der alten ehrwürd[igen] Peterskirche zu Heidelberg zum Ausdruck. Aus der Rede des Rek[tors] Bartholomae ging hervor, daß ohne Einrechnung der Vermißten [die] Heidelberger Universität 496 Gefallene zu beklagen [hat.] Darunter sind 5 Dozenten, 18 Assistenten und 473 Studenten. [...] Ehrentafel mit den Namen aller Gefallenen soll später im Uni[ver]sitätsgebäude Aufstellung finden. Außer Geheimen Hofrat Prof[essor] Bartholomae sprachen Professor Oncken namens der Dozentens[chaft] und Student Mittelstreß namens der Studentenschaft in der [von] Musikvorträgen umrahmten stimmungsvollen Feier.

Wissenschaftliche Nachrichten. Nachdem Professor Dr. M[...] (Hamburg) die Berufung auf den Marburger anatomischen Lehrstuhl [als] Nachfolger Gassers abgelehnt hat, ist ein Ruf an Professor Dr. E[...] Göppert, Direktor des anatomischen Instituts in Frankfurt a[. M.] ergangen.

Die bisherigen ordentlichen Professoren an der Universität Str[aß]burg, Dr. Ernst Leumann (Sanskrit) und Dr. Franz Sch[...] (Deutsche Literaturgeschichte) sind mit der Abhaltung von Vorlesungen [an] der Universität Freiburg i. B. beauftragt worden.

Dem Gedächtnis Gustav Landauers ist ein Heft [der] Düsseldorfer Halbmonatsschrift „Masken" gewidmet, das eine [be]sondere Erwähnung verdient, weil es auf seinen dreißig Seiten [mehr] lebendige Gedanken enthält als manches dickbeleibte Buch. F[ritz] Mauthner, Martin Buber, Auguste Hauschn[er,] Margarethe Susmann, Dr. Eduard v. Bendem[ann] legen Zeugnis ab für den Menschen und Denker Gustav Landa[uer,] der bei den Münchener Revolutionskämpfen unter dem Kolbens[chlag] eines Soldaten niedersank, und den Fritz Mauthner „eines der rei[nsten] Opfer des Krieges" nennt. Eine Arbeit von Landauer selbst [be]schließt den Inhalt des reichen Heftes. Auch sie zeigt, was [der] „Anarchist" Landauer unter Anarchie verstand: Gewaltlos[ig]keit.

Aus der Kunstwelt. Professor August Gaul hat für [den] Friedhof in Luzern einen künstlerischen Denkstein für das Grab d[er in] der Schweiz verstorbenen, dort interniert gewesenen deutschen Kr[iegs]gefangenen geschaffen. Der schöne Denkstein, der jetzt dort aufge[stellt] worden ist, hat keinen figuralen Schmuck. In schlichtester Form hat [das] Werk Gauls seine Schönheit in der Gesamtanordnung und in der [Ver]teilung der Schrift.

Kleine Mitteilungen. Kaiser Friedrichs Tageb[uch,] dessen Veröffentlichung seinerzeit von Bismarck verhindert worden ist, [und das] zu einer Verfolgung des Herausgebers, Professor Geffcken, Anlaß [gab,] soll jetzt, von Eduard Engel herausgegeben, bei Diekmann in [...] erscheinen. Das Tagebuch verficht als Hauptgrundsätze der Politik [des] Kaisers Friedrich: Freisinniger Ausbau des neuen Reiches und Fre[und]schaft, ja Bündnis mit England. — Der Deutsche Literatur- und K[unst]verein veranstaltet morgen abend 7½ Uhr im Saale des Nollendorfka[sinos,] Kleiststraße 41, eine Gottfried-Keller-Feier. Dr. Max B[...] hält die Festrede.

Die Spaltung im Vollzugsrat.

Die Stellung der Unabhängigen

Die Spaltung im Groß-Berliner Vollzugsrat, die zum Zusammenschluß der Mehrheitssozialisten mit den Demokraten geführt hat, hat die „Freiheit" zu einem Wutausbruch veranlaßt. Sie nennt die Sprengung eine seit langem vorbereitete und planmäßig angelegte Ergänzung des Feldzuges gegen die Arbeiterräte überhaupt und fordert zu einem umso festeren Zusammenschluß aller derjenigen auf, die sich zum Rätesystem bekennen und schreibt:

„Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte!

Pariert den heimtückischen Schlag, der gegen das Rätesystem geführt wird, durch verdoppelte Treue für den Rätegedanken und verdoppelte Energie für die Erhaltung und Ausgestaltung unserer Groß-Berliner Räteorganisation. Es handelt sich dabei um mehr als um eine bloße Organisationsfrage. Es handelt sich um das Schicksal des Sozialismus und der Arbeiterklasse überhaupt. Es handelt sich darum, ob das Kapital oder ob das Proletariat als Sieger aus der sozialen Revolution hervorgehen wird.

Es lebe die proletarische Weltrevolution!
Es lebe das Rätesystem! Es lebe der Sozialismus!"

Die „Freiheit" kündet das Weiterbestehen der „rechtmäßigen Vollversammlung" Groß-Berlins an und sagt, daß deren Vollzugsrat keinen Fuß breit vom revolutionären Boden weichen wird. Sie fordert Einberufung von Betriebsversammlungen zur Feststellung der Gesinnung der gewählten Vertreter. „Ueberall da, wo Parteibornierthheit über den proletarischen Rätegedanken triumphiert, muß der sozialdemokratische Arbeiterrat seiner Vertrauensstellung für verlustig erklärt und durch einen überzeugten Anhänger des Rätesystems ersetzt werden."

Die Beratungen in der Nationalversammlung.

Antworttelegramm an den argentinischen Senat. — Bildung und Schule.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

B. P. Weimar, 18. Juli.

Zu Beginn der Sitzung schlug Präsident Fehrenbach vor, auf das gestern vom Senat der argentinischen Republik an die Nationalversammlung gerichtete Telegramm, folgende Antworten an den argentinischen Senat und die Deputiertenkammer abzusenden: „An den Senat der argentinischen Republik. Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung dankt dem argentinischen Senat für die freundliche Kundgebung und hofft mit ihm, daß die Stunde der Ratifikation des Friedens, die Geburtsstunde einer wahren Völkerversöhnung sein wird." An die argentinische Deputiertenkammer: „Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung dankt der argentinischen Deputiertenkammer herzlich und spricht die Hoffnung aus, daß das hohe Ideal der Gerechtigkeit und Menschlichkeit auch die Herzen unserer bisherigen Feinde erfüllt und die Völker der argentinischen Republik und der Republik des Deutschen Reiches zu Werken des Friedens zusammenführen wird."

Als erster Punkt der Tagesordnung folgen kleine Anfragen. Der Abgeordnete Hampe (Deutschnat. Volkspartei) fragt an, was die Regierung zu tun gedenke, um dem immer mehr um sich greifenden Uebel des Glücksspiels auch da nachdrücklichst entgegenzutreten, wo die bestehenden Strafgesetze versagen. Unterstaatssekretär Delbrück sagt da, wo die Strafgesetze nicht ausreichen, eine entsprechende Ergänzung der Staatsrechtsreform zu. Der Abgeordnete Dr. Mittelmann (Deutsche Volkspartei) fragt wegen des Vorganges in der Nacht zum 10. Juli in Berlin an, in der französische Soldaten die Menge durch verächtliches Gelächter und Erhöhungen gereizt haben, und schließlich zu ihrer eigenen Sicherheit in Schußhaft genommen werden mußten. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß die von der preußischen Regierung veranstalteten eingehenden Erhebungen noch nicht abgeschlossen seien.

Bei den Interpellationen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei des Landarbeiterstreiks erregte der Vertreter des Reichsarbeitsministers, Dr. Levy, den lärmenden Unwillen der Versammlung durch seine Art, in der er die Auskunft zu erteilen sich anschickte. Die Interpellationen werden demnächst beantwortet werden. Das Haus setzt dann die Beratung des Verfassungsentwurfes bei dem Abschnitt „Bildung und Schule" fort, zu dem das bereits veröffentlichte Schulkompromiß für den Antrag Löbe-Gröber und Genossen vorliegt. Als Berichterstatter erhielt der demokratische Abgeordnete Weiß das Wort. Reichsminister des Innern Dr. David führt aus: Mit der Vereinbarung, die in dem Kompromiß zwischen zwei Grundauffassungen getroffen sei, werde sich auch die Regierung einverstanden erklären. Keine Auffassung habe in dem Ausschuß eine Mehrheit gewonnen, infolgedessen mußte eine Vereinbarung getroffen werden. Die Vereinbarung gab den Nichtbeteiligten, den Eltern, die Entscheidung. Der Kampf verschwinde damit nicht in der Allgemeinheit des Volkes, sondern werde in die Gemeinden verlegt. Der Kampf werde weiter gehen, denn er könne ohne Zwang nicht beendet werden. Hier Zwang anzuwenden, sei aber unmöglich, denn nirgend erbittere mehr, als in religiösen Dingen, in Weltanschauungskämpfen. Aus unseren Weltanschauungskämpfen scheiden Schärfen und Erbitterungen aus, die die Zwangseinwirkung des Staates hineingetragen habe. Eine solche Voraussetzung schaffe ein starkes Gemeinschaftsgefühl des deutschen Volkes. Der Abgeordnete Schulz-Ostpreußen (Soz.) erklärte, die Sozialdemokratie habe keine Veranlassung, über das jetzige Schulkompromiß besonders erfreut zu sein. Als Kompromiß befriedige es keine Partei vollkommen. Vom pädagogischen Standpunkt wünsche er nicht, daß die Schule in die politische Streitfragen hineingezogen werde.

Der demokratische Parteitag.

Der Jugendtag.

Die erste Tagung der deutsch-demokratischen Jugendvereine wurde heute in Anwesenheit zahlreicher Delegierter aus allen Teilen des Reiches, darunter auch sehr viele Damen, am Vormittag im Herrenhause eröffnet. Den Vorsitz führte Redakteur Wiesner. Vertreter der demokratischen Fraktionen der Bezirksvereine und des Parteivorstandes nahmen an den Verhandlungen teil. Chefredakteur Nuschke begrüßte den Jugendtag namens der Parteileitung, die gern bereit sein, eine besondere Jugendorganisation innerhalb der Partei anzuerkennen. Für die Nationalversammlung in Weimar sprach Abg. Hermann-Reutlingen, für die preußische Landesversammlung Riedel-Oberlettenburg. Das einleitende Referat über die demokratische Jugendbewegung hielt der Vorsitzende, Redakteur **Wiesner.** Er betonte, daß die demokratische Jugendbewegung keine Partei neben der Gesamtpartei sein will, sondern eine organisatorische Gruppe innerhalb der gesamten Partei. Sie will dafür sorgen, daß der Geist der Jugend in der Partei zu ihrem eigenen Vorteil zur Geltung kommt. Die jungen Demokraten wollen nicht die Kräfte zersplittern, sondern einigen. In den letzten Monaten sind zahlreiche demokratische Jugendorganisationen ins Leben gerufen worden. In manchen Landesteilen wurde Mustergültiges geleistet, namentlich in Ostpreußen. Die demokratische Jugend wird denen, die durch den Friedensvertrag von uns gerissen werden, die Treue halten. Sie will alles daran setzen. Diese Freunde der zurückzugewinnen. Niemand zweifelt daran, daß der Tag kommen wird, wo wieder alle Deutschen im neuen deutschen Reich zusammengeschlossen sein werden. Wir wollen uns nicht auf dem Jugendtage mit den allzu zahlreichen Fehlern der Partei in der Vergangenheit befassen, sondern mit ihren zukünftigen Taten. Der neue Entwurf des Parteiprogramms kann keinem ehrlichen Demokraten gefallen. Der Geist, der das demokratische Parteiprogramm durchziehen soll, muß national und sozial sein, was Naumann schon jahrzehntelang vorausgesagt hat. Wir müssen gerade jetzt vor aller Welt unser Deutschtum bekennen und unsere Liebe zum deutschen Volke und zur deutschen Art.

Der Frauentag.

In der Philharmonie fand gleichzeitig die Tagung der demokratischen Frauen statt. Gegen 200 Delegierte aus allen Teilen des Reiches waren anwesend. Zu Punkt 1 der Tagesordnung „Die politischen Aufgaben der Frauen" referierte die Abgeordnete **Dr. Marie Baum**-Hamburg. Sie verbreitete sich eingehend über die augenblickliche politische Lage, insbesondere über die durch den Friedensschluß geschaffenen Verhältnisse und betonte hierbei ausdrücklich den ausgeprägt nationalen Standpunkt der deutschen demokratischen Partei. Das Tätigkeitsfeld der Frauen in der Politik und insbesondere in den gesetzgebenden Körperschaften behandelnd, betonte die Rednerin, daß sich gerade in den letzten Tagen bei den Verhandlungen der Nationalversammlung gezeigt habe, wo ein rein politisches Interesse der Frauen vorliege und wie die Frauen für die politische Mitarbeit in bestimmten Fragen geradezu präsentiert seien. Eingehend behandelte die Rednerin die sich vollziehende wirtschaftliche Umgestaltung. Die Initiative des Unternehmers müsse bestehen bleiben, jedoch sei es notwendig, daß auch die Wirtschaft völlig demokratisiert werde. Die Demokratisierung der Betriebe sei eine der brennendsten Fragen. Ein „Herr im Hause"-Standpunkt könne in Zukunft nicht mehr bestehen. Die Unternehmen müssen sich daran gewöhnen, nicht mehr aus individuelles Interesse zu arbeiten, sondern als Glied der Gemeinschaft zu fungieren. Der Mammonismus müsse daher zweifellos in weitgehendstem Maße abgebaut werden. Gleichzeitig müsse die Frage der Bodenreform mit aller Energie behandelt werden. Die Verwertung des Menschentums sei durchgreifend zu ändern. Die Begriffe hätten sich in dieser Beziehung derart verändert, daß man vor außerordentlich großen Kulturaufgaben stehe. Die Entwicklung des Staatswesens müsse zum Rechtsstaate erfolgen. (Stürmischer Beifall.)

In der anschließenden Debatte begründete Fräulein **Else Fisch** (Brandenburg) einen Antrag zur Bodenreform, der die Schaffung ausreichender und gesunder Wohnungen in Stadt und Land als eine Lebensfrage für unser Volk anspricht. Diese Frage sei untrennbar von der sozialen Lösung der Bodenfrage und fordert, daß der deutsche Boden ungesunder Spekulation entzogen werden und daß die Schaffung von Wohnheimstätten im großen Stile betrieben werde.

Das Kompromiß über die Gliedstaatenbildung.

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

E. D. Weimar, 18. Juli.

Die langwierigen Verhandlungen zwischen der Regierung und den einzelnen Parteien über den [illegible] der Reichsverfassung, der die territoriale Gliederung des [illegible] die Bildung neuer Gliedstaaten oder ihrer Zusammenlegung behandelt, sind nunmehr zum Abschluß gebracht worden. Die Beratung über diesen Artikel ist während der zweiten Lesung der Verfassungsvorlage seinerzeit ausgesetzt worden, bis ein Kompromiß zustande gebracht sein würde. Das ist nunmehr geschehen. Artikel 18 soll folgenden Wortlaut erhalten: Die Aenderung und Neubildung von Ländern innerhalb des Reiches durch Vereinigung oder Abtrennung von Gebieten setzt die Zustimmung der daran unmittelbar beteiligten Länder voraus und bedarf der Bestätigung des Reichsgesetzes. Stimmen die beteiligten Länder nicht zu, so kann eine solche Neubildung durch Reichsgesetze erfolgen, wenn sie durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und ein überwiegendes Allgemeininteresse sie erheischt. Der Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung der wahlberechtigten Einwohner festzustellen. Die Reichsregierung ordnet die Abstimmung an, wenn ein Drittel der Wahlberechtigten es verlangt. In allen Fällen, auch wenn es sich um Abtrennung eines Teiles eines Bezirks handelt (preußische Provinzen, bayrische Kreise) ist der Wille der Bevölkerung des ganzen Bezirks festzustellen. Zum Abschluß der Gebietsänderungen sind dreifünftel der Stimmen der zur Wahl der Nationalversammlung berechtigten eingetragenen Wähler des abzutrennenden Bezirks notwendig. Nach Feststellung der Zustimmung der Bevölkerung hat die Reichsregierung die Abtrennung durch Reichsgesetze zu beantragen.

Entsteht bei der Vereinigung oder Abtrennung Streit über die Vermögensauseinandersetzung, so entscheidet hierüber auf Antrag einer Partei der Staatsgerichtshof.

Die Bestimmung des Artikels 18 Absatz 2 bis 6 tritt erst zwei Jahre nach Verkündigung der Reichsverfassung in Kraft.

Ende der oberelsässischen Tabakindustrie.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

C. Straßburg, 18. Juli.

Die Straßburger Zeitung „Republik" meldet: Sämtliche oberelsässischen Tabakfabriken, insgesamt sieben, haben ihren Betrieb eingestellt. Etwa 1500 Arbeiter sind dadurch beschäftigungslos. Die Ursache ist darin zu erblicken, daß Frankreich das Tabakmonopol auch auf Elsaß-Lothringen ausdehnt, was das Todesurteil für die oberelsässische Tabakindustrie bedeutet.

Die Besatzungen in Elsaß-Lothringen.

Erweiterungen der Festungen Metz und Straßburg.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

C. Straßburg, 18. Juli.

Die Stärke der Garnisonen, die auf Elsaß und Lothringen verteilt werden, wird auf 120 000 Mann bezifffert. Straßburg wird eine der ersten und größten französischen Garnisonen und beständig mit 20 000 Mann belegt. Kolonialregimenter werden in Straßburg und Metz untergebracht. Größere Infanterieregimenter werden unter anderem in Diedenhofen, Saarbrücken, Saarburg und Schlettstadt untergebracht. Die Festungswerke von Metz und Straßburg, sowie entlang der Vogesen werden erweitert.

* Der **Reichsbund der Kriegsbeschädigten,** Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Bezirk 3 Süd-Ost hält seine nächste Bezirksversammlung am Montag, 21. Juli, abends 7½ Uhr in Schuhmachers Festsälen, Stalitzer Straße 126, ab. Mitgliedskarte legitimiert. Aufnahme neuer Mitglieder.

Bedenken zum Gesetzentwurf Groß-Berlin.

Die Stellungnahme der Vororte.

Die Gemeindevertretung von Berlin-Tegel hat in ihrer letzten Sitzung zu dem Gesetzentwurf über die Bildung eines Stadtkreises Groß-Berlin einen Beschluß gefaßt, in dem u. a. folgende Wünsche und Bedenken hervorgehoben werden: Der Gebietsumfang ist auf einen Kreis mit einem Radius von etwa 20 km zu erweitern. Die Zahl der Stadtverordneten ist zu vermehren, so daß auf je 12 000 Einwohner ein Stadtverordneter entfällt. Die Stadtverordneten sollen nicht auf 5, sondern auf 3 Jahre gewählt werden. Die Zahl der Magistratsmitglieder ist auf etwa 40 zu erhöhen. Die Vertretung der einzelnen Distrikte im Magistrat muß gewährleistet werden. Die Wahlzeit der Magistratsmitglieder ist auf 3 Jahre festzusetzen. Die Distriktsverfassung muß als völlig ungenügend angesehen werden. Die Distriktsversammlung und das Distriktsamt sind wesentlich zu vergrößern, um der Einwohnerschaft der Distrikte eine ausreichende Vertretung zu sichern und damit ihr Interesse an der Selbstverwaltung zu erhalten. Die Zuständigkeit der Distriktsorgane muß eine ganz bedeutende Erweiterung erfahren. Die Gemeindevertretung Tegel teilt die ernsten Bedenken, die gegen die Einführung der Distriktsverfassung auf dem Wege der Gesetzgebung von vielen Seiten erhoben werden. Sie ist der Meinung, daß das Ziel der Einheitsgemeinde auch auf dem Wege der Verleihung einer Kompetenzkompetenz an die zu schaffenden Zentralbehörden Groß-Berlins erreicht wird. Dieser Weg vermeidet einmal die Gefahren, die die gesetzliche Regelung zweifellos in sich birgt, und hat den Vorzug, daß die Selbstverwaltungsorgane Groß-Berlins selbst über den Abbau der Einzelgemeinden und den Aufbau der Einheitsgemeinde bestimmen.

*

Die Stellungnahme von Lichterfelde zu der Frage Groß-Berlin wurde in der gestrigen Gemeindevertretersitzung sehr eingehend erörtert. Dem Vorschlag des Ausschusses entsprechend stellte sich die Mehrheit

auf den Boden des Regierungsentwurfs.

Die Redner der bürgerlichen Vereinigung betonten jedoch ausdrücklich, daß sie ihre Zustimmung vielmehr an die Bedingung knüpfen, daß die Vorschläge hinsichtlich einer weitgehenden Selbstverwaltung der Distrikte angenommen würden. Es wurde schließlich mit großer Mehrheit eine Entschließung angenommen, die im wesentlichen folgendes besagt: Die Gemeindevertretung Berlin-Lichterfelde ist mit der Bildung eines einheitlichen Stadtkreises Groß-Berlin grundsätzlich einverstanden, fordert aber die Selbstverwaltung nicht nur für das Zentralorgan, sondern auch für die Distriktsversammlungen und Distriktsämter. Die Mitglieder des Distriktsamtes müssen sämtlich von der Distriktsversammlung gewählt, die Mitglieder der letzteren erheblich vermehrt, die Beziehungen beider wie zwischen Magistrat und Stadtverordnetenversammlung geregelt und ihnen Selbstverwaltung, d. h. Selbständigkeit und Selbstverantwortung gegeben werden.

Auch die Stadt Berlin soll ebenso wie die Vororte in Distrikte mit der gleichen Verfassung aufgeteilt werden. Der Umfang des Stadtkreises Groß-Berlin soll in der Weise erweitert werden, daß er den Waldgürtel des Zweckverbandes und die Arbeiterwohngemeinden, wie z. B. Staaken, mitumfaßt. Bezüglich der Abgrenzung des Distrikts 18, dem Lichterfelde angehört, wird mit Rücksicht auf den Mangel eines wirtschaftlichen Zusammenhangs, insbesondere einer direkten Verkehrsverbindung mit Schmargendorf, Grunewald und Grunewald-Forst vorgeschlagen, diese einem anderen Distrikt zuzuweisen und den hiernach verbleibenden Teil des Distrikts 18, nämlich Dahlem, Lichterfelde, Zehlendorf, Nikolassee und Wannsee, mit Steglitz, Lankwitz und Teltow zu vereinigen.

*

Zu dem Regierungsentwurf nahm gestern auch die Lankwitzer Gemeindevertretersitzung Stellung. Man war allgemein der Ansicht, daß man nicht mehr viel gegen den Entwurf unternehmen könne, man weigerte sich aber entschieden, mit Britz und Rudow zusammengekoppelt zu werden, mit Gemeinden, mit denen man keinerlei gemeinsame Interessen habe, sondern wünschte mit Steglitz und Friedenau, mit denen ein Zusammenhang in jeder Weise bestehe, vereinigt zu werden. Einstimmig wurde folgender Antrag angenommen: Zu dem Gesetzentwurf über die Bildung eines Stadtkreises Groß-Berlin erklärt sich die Gemeindevertretung mit der Eingemeindung der Vorortgemeinden nach Berlin und somit mit der

Schaffung einer Einheitsgemeinde grundsätzlich einverstanden.

Im übrigen werden kurz folgende Abänderungsanregungen zu dem Gesetzentwurf gegeben: 1. Die Ausdehnung ist so zu wählen, daß be-

---

L. Paul A. Kirsteins Roman „Der Wanderer", der zuerst im „Berliner Tageblatt" und jetzt, geschmackvoll ausgestattet, im Buchverlag von Rudolf Mosse erschienen ist, erzählt die Geschichte eines Menschen, der durch Lockungen und Enttäuschungen künstlerischen Zigeunertums zur nahrhaften Prosa eines bürgerlichen Berufes wandert. Das ist eine Laufbahn, die mancher zurückgelegt hat, der sich in seiner Jugend für ein Genie hielt und mit zunehmendem Alter seine Begabung fürs Philisterium erkannte. Der seelische Prozeß solcher allmählichen Umwandlung von jugendlicher Begeisterung über Widerstreben, Empörung und Resignation zu behaglicher Gewöhnung hat schon oft Gelegenheit zu dichterischer Schilderung gegeben und ist je nach der Lebensanschauung des Darstellenden ernsthaft oder humoristisch gestaltet worden. Oder auch beides zugleich: denn echter Humor ist immer ernsthaft.

Kirstein hat darauf verzichtet, den Stoff nach moderner Art durch Vertiefung in das Geheimnis komplizierter Menschlichkeit zu verinnerlichen und es vorgezogen, eine unterhaltsame Geschichte zu schreiben, deren besonderer Reiz in ihrer schlichten Wahrhaftigkeit besteht. Die Abenteuer seines Helden wirken in seiner frischen, oft von ehrlichem Empfinden bewegten Erzählung nicht wie ein Roman, sondern wie die nach gereifter Erfahrung berichteten Jugenderlebnisse eines Mannes, der sich selbst und seinen Freunden Klarheit darüber verschaffen will, wie er geworden ist und weshalb er so und nicht anders werden mußte. Ein Mensch mit Menschlichkeiten aller Art, aber mit dem gesunden Kern eines guten Jungen, der aus seinen Irrtümern und aus der Verstrickung seiner Schwächen mannhaft sich herausarbeitet, bis er ein tüchtiger Kerl wird: wer ist mürrisch genug, sich nicht eines solchen Aufstiegs zu freuen? Mit Teilnahme verfolgt der Leser diese Wanderung aus dem bürgerlichen Elternhaus durch die Romantik der Manege und die brüchige Zauberwelt der Kulissen, und wer einigermaßen mit dem Berlin der letzten zwanzig Jahre vertraut gewesen ist, glaubt in manchen Gestalten des Buches gute Bekannte zu entdecken. Ja, es könnte manchmal scheinen, als ob dieser Wanderer selbst ein recht guter Bekannter Paul A. Kirsteins sei, ein Lebensbruder, der mit ihm die gleiche Straße zog ... Natürlich fehlt es auch nicht an Liebesgeschichten, die im Lebensbuch eines Weltkindes nun einmal nicht zu entbehren sind. Manche sind romantisch genug, aber im Grunde ist die Romantik doch immer bürgerlicher Art, wie denn überhaupt durch das ganze Buch der Eindruck bleibt, daß die Herzenseigenschaften dieses Lebenswanderers (und, in Klammern hinzugefügt, auch seines Buches) besser sind als sein künstlerischer Stil.

Kirsteins Roman wird wegen seiner bürgerlichen Geschlossenheit gerade in dieser unruhigen Zeit Freunde finden. Wer sich aus dem Labyrinth sozialer und ethischer Probleme auf die einfache Straße des Lebens flüchten will, die nach einigem Hin und Her bei verständigem Marschtempo doch immer gemächlich weiter führt, der findet hier gute Gelegenheit, mitzuwandern.

vorzugte Wohnsitzgemeinden oder in der Entwicklung begriffene Ansiedlungen an den Ufern des Wannsees mit einbezogen werden. 2. Auf jeden Fall muß Gemeinden wie Lankwitz die Möglichkeit einer direkten Vertretung gegeben und das Recht eingeräumt werden, mindestens einen Abgeordneten in die Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung zu entsenden. 3. Jeder Gemeinde muß eine örtliche Vertretung gewahrt bleiben. 4. Die Distriktseinteilung, unter die Lankwitz nach dem Entwurf fällt, erscheint verfehlt. Lankwitz ist infolge seiner Verkehrsstraßen und örtlichen Lage von dem Distrikt 17 abzuzweigen und dem Distrikt 18 zuzuteilen.

Die Unabhängigen für die Einheitsgemeinde.

Die der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei angehörenden Stadtverordneten und Gemeindevertreter Groß-Berlins hielten gestern abend im Berliner Rathause eine Versammlung ab, um zu der Neuorganisation Groß-Berlins Stellung zu nehmen. Stadtverordneter Rechtsanwalt Kurt Rosenfeld, der hierzu referierte, stellte sich auf den Boden des Gesetzentwurfes. Auf die einzelnen Bestimmungen der Regierungsvorlage eingehend, bezeichnete der Referent die für das zukünftige Groß-Berlin gezogenen Grenzen als zu eng; die Abgrenzung des Gesetzentwurfes sei zum großen Teil ganz willkürlich. Für die Verwaltung der zukünftigen Einheitsgemeinde forderte er an Stelle des bisherigen Zweikammersystems das Einkammersystem. An Stelle des Magistrats soll lediglich ein Verwaltungsausschuß als ausführendes Organ der Stadtverordnetenversammlung treten. In seinem Schlußwort konnte Dr. Rosenfeld feststellen, daß die unabhängigen Gemeindevertreter mit dem kommunalen Ausschuß der Partei geschlossen auf dem Boden der Einheitsgemeinde stehen.

Die Tötung des französischen Sergeanten Manheim hat zu weiteren umfangreichen Ermittlungen bei der eigens für diesen Zweck eingerichteten Mordkommission Manheim geführt. Auf die wiederholten Aufrufe dieser Dienststelle nach Zeugen in der bedauerlichen Angelegenheit hat sich nunmehr auch der zweite Chauffeur gemeldet, der den Sergeanten Tripier, einen noch unbekannten Mann und ein junges Mädchen mit dem Gepäck des Getöteten zur französischen Botschaft gefahren hatte. Dort hatte Tripier den Wagen verlassen, während seine Begleitung nach dem Potsdamer Vorortbahnhof weiter gefahren ist; dann verwischt sich die Spur. Heute findet im Polizeipräsidium eine Konfrontation aller bisherigen Zeugen mit dem Sergeanten Tripier statt; man hofft auf diese Weise ein genaueres Bild des Tatbestandes zu erhalten.

Protest gegen den neuen Aufsichtsrat der Straßenbahn. Wie wir im Anschluß an die gestrige lärmvoll verlaufene außerordentliche Generalversammlung der Großen Berliner Straßenbahn erfahren, ist von der Gegnerschaft des Kaufvertrages ein Protest gegen die Beschlüsse der Generalversammlung eingelegt worden. Dieser richtet sich dagegen, daß die Wahl des neuen Aufsichtsrats vorgenommen wurde, obwohl sie nicht auf der Tagesordnung stand.

Spielklubs in Villen. Nachdem den Spielklubs der Boden in Berlin zu heiß geworden, ziehen sie sich anscheinend in die vornehmen Villenvororte des Westens zurück. In Lichterfelde hat, wie wir vor einiger Zeit meldeten, ein Klub unter dem Namen „Verein Odeon 1913“ eine in einem großen Garten gelegene Villa am Augustusplatz gemietet und sich sehr komfortabel eingerichtet. In der gestrigen Gemeindevertretersitzung von Lichterfelde richtete der Gemeindeverordnete Puttkammer an den Gemeindevorstand die Anfrage, was er gegen dieses Treiben zu tun gedenke. Syndikus Dr. Fuchs erwiderte, daß es zurzeit zum Einschreiten noch an einer gesetzlichen Handhabe fehle.

Zwei Personen bei einer Spiritusexplosion verunglückt. In der vergangenen Nacht wollten zwei Kaufleute in einem Laboratoriumskeller in der Schumannstraße 3 denaturierten Spiritus „entfuseln“, um ihn anscheinend zu Trinkzwecken zu verwenden. Bei der Arbeit kam Spiritus mit einer Gasflamme in Berührung. Dies hatte zur Folge, daß mehrere Retorten und Spiritusballons mit etwa 80 Liter Inhalt explodierten. Hierbei wurden beide Männer durch Stichflammen so schwer verletzt, daß sie nach der Charité gebracht werden mußten. Es sind ein 30jähriger Kaufmann Bernhard Bernsohn und der 20 Jahre alte Kaufmann Max Tünner. Sie gelten in der Charité als Polizeigefangene.

Was alles gestohlen wird. Gestern nachmittag fuhr ein Knabe das einjährige Kind des Schneidermeisters Martin Arenstein in der Bremer Straße in einem Sportwagen spazieren. Plötzlich trat eine Frau an den Knaben heran und gab ihm den Auftrag, eine Bestellung in einem Hause auszurichten. Als der Knabe nach einiger Zeit zurückkehrte, war die Fremde mit Kind und Sportwagen verschwunden. Ein Passant, der von dem weinenden Knaben eine Beschreibung des verschwundenen Kinderwagens erhalten hatte, nahm die Verfolgung der Frau auf und erreichte sie am Treppenauf[gang] der Puttlitzbrücke. Er hielt sie an und brachte sie mit dem W[agen,] aus dem das Kind verschwunden war, nach der nä[chsten] Polizeiwache. Das Kind war inzwischen von spielenden Knabe[n im] Unionpark gefunden und nach einer Polizeiwache gebracht w[orden,] wo es später von den Eltern abgeholt wurde. Die Täterin [wurde] als die Arbeiterin Erna Wandke, die bei ihrer Mutter im [Hause] Rathenower Straße 27 wohnt, festgestellt. Ein ähnlicher Vo[rfall] hatte sich am Tage vorher in der Stromstraße abgespielt. O[b das] verhaftete Mädchen auch hier als Täterin in Frage kommt, wi[rd sich] erst feststellen lassen.

Schwedische Leichtathleten in Berlin.

Das erste internationale leichtathletische Sportfest des Berliner Spor[t-Clubs] hatte an 5000 Zuschauer angelockt. Die schwedischen Gäste zeigten [hervor]ragende Leistungen, mußten sich aber mit den einheimischen Vertretern [in die] Preise teilen. Im 100-Meter-Laufen wiederholte Rau (S. C. C.) [seinen] Malmöer Erfolg über Applegreen (Schweden) mit 1 Meter Vorsprun[g in] 11,5 Sek., Schoch wurde Dritter. Das 3000-Meter-Laufen fiel an Gellert [(B. S.] B.) in 87,2 Sek. gegen Jakobson (Schweden). Der anfangs führende [...] (B. S. C.) wurde Dritter. Den Hochsprung sicherte sich Thulien (Sch[weden)] mit der glänzenden Leistung von 1,84 Meter vor Liesche (Eimsbüttel). [Einen] weiteren Erfolg buchten die Schweden durch Larsson im 800-Meter-Laufe[n] in 2 : 05 mit drei Metern Vorsprung über Kühn (B. f. B.) und [...] (Semnonia) siegte, dagegen erlitt Ohlsson (Schweden) im Weitsprung [gegen] Vohrmann (Neuk. S. C.) mit 6,73 eine Niederlage. Im 5000-Meter-Vo[rgabe]laufen konnte der deutsche Meister Kastenholz (Köln), der vom Mal [...] nur bis auf den vierten Platz auflaufen. Tornow (Neuk. S. C.) (100 [Meter] Vorg.) siegte in 16 : 20 vor Gumpert (B. S. C.) (220 Meter) und Blanken[...] (B. T. S. B.) (120 Meter). Das 1500-Meter-Laufen holte sich der [...] deutsche Meister Lauterbach (Leipzig) in 10 : 23 nur mit Brustbreite vor [...]mann (Stettin) und Lulies (S. C. C.). Spannende Kämpfe gab es [in den] Staffelläufen, in denen die Schweden über 4mal 100 Meter in 44,7 [...] S. C. mit Brustbreite schlugen. Der S. C. Charl. endete überraschend[erweise] als Dritter. In der Schwedenstaffel liefen die Schweden bis zum vo[rletzten] Wechsel in Front, kamen aber dann durch Sturz um einen Erfolg. B. [...] siegte in 2 : 04,5 vor S. C. C. 6 Meter zurück. Die übrigen Resultate: [...]werfen: 1. Lüdecke (B. S. C.) 49,20 Meter, 2. Herbst (Preußen) 46,75; [...]werfen: 1. Herbst (Preußen) 35,83 Meter; 2. Gustavson (B. S. C.) 34,90 [...] 200-Meter-Vorgabelaufen: 1. Lehmann (Preußen) (10 Meter) 23,6 Sek.; [...] (Hellas 07). Jugendwettbewerbe: 5000-Meter-Lauf: 1. Hufnagel (Te[utonia)] 1 : 14,8; 50-Meter-Lauf: 1. Liersch (S. C. C.) 7,6 Sek.; 100 Meter: 1. [...] (B. S. C.) 12,6 Sek.; 10mal 100-Meter-Staffel um den Preis des [„Ber]liner Tageblatts“: 1. B. S. C. 2 : 04,2; 2. Teutonia; Weits[prung:] 1. Mellin (Teutonia) 4,75 Meter.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umge[bung]: Ein wenig kühler, veränderlich, überwiegend bewölkt bei mäßigen [...]lichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

---

* Was wird aus der Reichsgetreidestelle?

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Walter Pinner,

Generalsekretär des Verbandes der Getreide- und Futtermittelvereinigungen Deutschlands.

Die Nationalversammlung in Weimar hat die vom Reichsernährungsminister geforderte Preiserhöhung für Getreide nach vielem Hin und Her genehmigt. Sie wagte aber nicht, den Brotpreis entsprechend zu erhöhen, sondern öffnete bereitwillig den tiefverschuldeten Reichssäckel, der die Differenz übernehmen soll. Es ist an dieser Stelle wiederholt gefordert worden, die Oeffentlichkeit auf die Notwendigkeit der landwirtschaftlichen Preiserhöhungen hinzuweisen, Aufklärung auch in dem Sinne zu treiben, dass notwendige Massnahmen nicht durch unsachverständige Kritik von Nurkonsumenten hintangehalten werden. Man kann aus vielen Gründen zweifeln, dass die jetzt bewilligten Preise genügen, um die Landwirtschaft zur Ablieferung des Brotgetreides zu bewegen. Der Zwang, der noch im vorigen Jahre stark wirkte, versagt in katastrophaler Weise. Nur ein Beispiel: Die streiklustigen Landarbeiter verlangen neben hohem Barlohn Getreidelieferungen und Kartoffeln in Mengen, welche die den Selbstversorgern zustehende Ration weit übersteigen. Die Arbeitgeber müssen die Forderung unter Zustimmung des Reichsarbeitsministers bewilligen, und müssen sich damit über die Reichsgetreideordnung hinwegsetzen. Die Landarbeiter aber bringen zweifellos einen grossen Teil dieser Naturallieferungen in den Schleichhandel. Soll unter diesen Umständen der Bauer oder Gutsbesitzer überhaupt noch den Willen behalten, die Vorschriften zu achten?

Nur ein Mittel gäbe es, Ablieferungen zu erzielen: hohe Preise. 400 Mark für Roggen ist sehr, sehr knapp, wenn Futtermittel daneben das Doppelte und ausländisches Mehl das Vielfache kosten. Nun hat die Nationalversammlung auch noch die Frühdruschprämie abgelehnt. Das zeigt, dass man optimistisch in die Zukunft sieht. Aber die Reichsgetreidestelle dürfte wahrscheinlich anderer Ansicht sein. Die Ansicht erscheint nur zu berechtigt, dass es mit den Ablieferungen der Landwirte sehr schlimm aussehen wird. Die Frühdruschprämie ist doch kein Geschenk, sondern zum grössten Teil ein Ausgleich für Mehrkosten der eiligen Drescharbeit, für Qualitätsverluste usw. Soweit sie darüber hinausgeht, wäre sie ein Anreiz, mehr zu liefern, als bei dem zu niedrigen Höchstpreis geliefert wird. Mancher, der den freien Handel in Brotgetreide noch für verfrüht hält, ist jetzt überzeugt, ihn durch den Zusammenbruch der Reichsgetreidestelle recht bald kommen zu sehen.

Jedenfalls wird die Reichsgetreidestelle einen schweren Stand haben. Ihr Apparat wird bei seinem riesigen Ausmasse trotz aller verstärkten Anstrengungen bald leerlaufen. Personalaufwand und Erfolg stehen überhaupt schon jetzt vielfach in schreiendem Gegensatz. Wozu hält man z. B. die Bewirtschaftung von Reis aufrecht, der über das besetzte Gebiet unkontrollierbar und in vergleichsweise riesigen Mengen zu Preisen hereinkommt, die die Reichsgetreidestelle kaum unterbieten kann? Wozu quält man sich und die Landwirte mit einer Zwangsumlage in Hülsenfrüchten, die nur kleinste Mengen erfassen kann, während das Publikum neben den freigehandelten Erbsen und Bohnen von dieser „segensreichen“ Tätigkeit der Behörden kaum etwas verspüren wird? Die Angst vor dem Deutschen Städtetag, der in jeder Verkehrsbefreiung Volksverrat sieht, der aus Prinzip Widerstand leistet, um die „Verlangsamung“ der Freigabe als zweifelhaften Erfolg buchen zu können, sollte die verantwortlichen Stellen ihres Mutes zu Entschlüssen nicht ganz berauben. Der Schutz der Zwangswirtschaft mit kleinlichen Mitteln dürfte sehr bald seine nicht gewünschten Ergebnisse zeitigen.

Vom mitteldeutschen Braunkohlenmarkt. Der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein erstattet für den Monat Juni den nachfolgenden Marktbericht: Im allgemeinen war auch im Monat Juni die Nachfrage nach Brennstoffen so gross, dass der Bedarf nicht gedeckt werden konnte. Zwar haben ausser in den Bergrevieren Görlitz und Halberstadt die Klagen über Arbeitermangel aufgehört, und aus dem Leipziger und Altenburger Revier wird sogar ein Ueberangebot an Arbeitskräften gemeldet, es ist aber zu bedenken, dass der allergrösste Teil der Arbeiter aus ungelernten mit den Verhältnissen im Bergbau gänzlich unvertrauten Elementen besteht, deren Arbeitsleistung ausserordentlich gering ist. Lohnerhöhungen haben im Bergrevier Nordhausen, wo eine Lohnsteigerung von 10 pCt. eintrat, und im Bergrevier Kassel stattgefunden, wo der Lohn um 1,20 M. pro Schicht stieg. Sonst haben Lohnsteigerungen nicht stattgefunden. Verkürzungen der Arbeitszeit sind ebenfalls nicht eingetreten. Leider ist auch dieses Mal wieder die bedauerliche Tatsache zu verzeichnen, dass die Bergarbeiter selbständig die Schicht verkürzen. So fuhren die Tiefbauleute einzelner Werke des Altenburger Reviers bis zu 20 Minuten vor Schichtzeit aus. Im allgemeinen ist in den Arbeitsverhältnissen eine gewisse Beruhigung getreten. Abgesehen von einigen belanglosen Lohndifferenzen im Magdeburger Revier, die aber schnell beigelegt worden sind, wären Arbeitseinstellungen im Monat Juni überhaupt nicht zu verzeichnen. Ueber Wagenmangel wurde nicht geklagt.

*** Rockstroh & Schneider Nachf. Akt.-Ges. Maschinenfabrik** in Heidenau. Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahre 1918/1919 einen Fabrikationsgewinn von 2 427 727 M. (i. V. 1 772 527 M.). Nach Abzug sämtlicher Unkosten und Lasten, ferner nach Abschreibungen in Höhe von 171 410 M. (—) auf Wertpapiere und nach Abschreibungen auf Anlagen in Höhe von 769 098 M. (651 929) verbleibt ein Ueberschuss von 663 718 M. (719 444). Hieraus soll, wie wir bereits mitgeteilt haben, eine Dividende von wieder 14 pCt. zur Ausschüttung gelangen. Auf neue Rechnung werden 25 641 M. (77 122) vorgetragen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte die Gesellschaft die erheblichen Erweiterungen ihrer Werkstätten infolge der politischen Ereignisse nicht voll ausnutzen. Trotzdem konnte das Unternehmen bei stark gesteigertem Umsatz ein befriedigendes Ergebnis erzielen. In der Bilanz erscheinen Fabrikationskonto mit 944 163 M. (1 158 148), Aussenstände mit 1 756 035 M. (1 916 576). Demgegenüber haben Kreditoren 1 724 826 M. (1 526 896) zu fordern. Der Geschäftsbericht bemerkt, dass sich inzwischen die Bankschulden in Bankguthaben verwandelt haben, nachdem die Forderungen der Gesellschaft für Heereslieferungen eingegangen sind.

*** Die Globus-Versicherungs-Akt.-Ges.** in Hamburg erzielte im Geschäftsjahr 1918 einen Ueberschuss von 752 787 M. (i. V. 715 070 M.), aus dem, wie schon gemeldet, u. a. wieder eine Dividende von 15 pCt. ausgeschüttet werden soll. Auf neue Rechnung werden 527 287 M. (489 570) vorgetragen. Im Geschäftsbericht wird ausgeführt, dass das Gesamtergebnis zufriedenstellend ausgefallen ist, bis auf die Einbruchdiebstahlversicherung, die infolge der ständig sich mehrenden Schäden einen Verlust aufweist. Die Gesellschaft hat vom 1. Januar 1918 ab ihr direktes Kreditversicherungsgeschäft auf die ihr engbefreundete Hermes, Kreditversicherungsbank Akt.-Ges. in Berlin übertragen, und sie betreibt diesen Zweig seitdem nur noch im Wege der Rückversicherung.

*** Erhöhung der Flaschenpreise.** Der Verband deutscher Flaschenfabriken erhöht mit sofortiger Gültigkeit die Verkaufspreise um 40 pCt.

*** Vom Garnmarkt.** Die Nachfrage nach Baumwollgarnen und Kunstwollgarnen war abgeschwächt. Die Weber zeigten Zurückhaltung, weil die Abnehmer ihrer Erzeugnisse ebenfalls abwarten.

*** Vom Zucker.** Durch die Abtrennung der östlichen Bezirke vom Deutschen Reiche gehen mehr als 15 pCt. des bisherigen Gesamtanbaues an Zuckerrüben mit einer grossen Reihe modern eingerichteter und besonders leistungsfähiger Fabriken verloren. Dadurch ist die Versorgung Deutschlands mit eigenem Zucker umso mehr bedroht, als die Aufrechterhaltung der Zwangsbewirtschaftung zu einem erheblich kleineren Rübenanbau gegen das Vorjahr geführt hat. Dieser Umstand bewirkt ein stetig zunehmendes Angebot ausländischen Zuckers. Es handelt sich dabei namentlich um amerikanische Offerten in kolonialem Rohrzucker, den die Amerikaner reichlich ausbieten können, da sich die Vereinigten Staaten die ganze, sehr grosse kubanische Erzeugung gesichert haben. Die geforderten Preise erreichen aber eine Höhe, die zunächst zurückschreckt. Abschlüsse sind denn bisher auch noch nicht bekannt geworden. Sie könnten ja auch erst stattfinden, wenn die Erlaubnis zur Hereinnahme dieser Zuckermengen erteilt worden ist. Es dürfte aber wahrscheinlich sein, dass in nicht zu langer Zeit kolonialer Rohrzucker nach Deutschland gelangt.

*** Deutschlands Zuckerverbrauch.** Nach amtlichen Berechnungen sind im Monat Mai 1919 rund 2 176 200 Ztr. Zucker in den freien Verkehr des Inlandes gesetzt worden gegen 3 401 100 Zentner im Mai 1918. Der grosse Unterschied in den Verbrauchszahlen erklärt sich daraus, dass die damals bereits besetzten, jetzt abgetrennten östlichen Bezirke für den Monat Mai nicht mehr mit in die Berechnung gestellt worden sind und ausserdem für Hessen-Nassau und Bayern nur unvollständige Zahlen vorliegen. Für die neun Monate vom September 1918 bis einschliesslich Mai 1919 wird der Zuckerverbrauch Deutschlands amtlich auf 20 203 600 gegen 22 876 400 Zentner in den entsprechenden neun Monaten des vorangegangenen Betriebsjahres angegeben.

*** Einfuhr deutscher Waren nach Amerika.** Wie uns die amerikanische Handelskammer mitteilt, trifft es nicht zu, dass die Einfuhr deutscher Waren nach Amerika erfolgen kann, wenn seitens des Rotterdamer amerikanischen Konsulats die Genehmigung erteilt würde. Das Rotterdamer Konsulat ist zur Erteilung solcher Genehmigungen nicht ermächtigt worden. Die Einfuhr deutscher Waren wird erst dann gestattet werden, wenn der Friedensvertrag von den grösseren Mächten ratifiziert worden ist bzw. wenn die Konsulatsvertretungen wieder hergestellt sein werden.

*** Der Wochenkurszettel des „Berliner Tageblatt“,** enthaltend die amtlichen Kursfestsetzungen vom 14., 16. und 18. Juli, ist erschienen. Der Kurszettel enthält auch die Eintragungen in das Handelsregister und die Nachrichten über Konkurseröffnungen, soweit sie in der letzten Woche bekanntgegeben worden sind. Der Wochenkurszettel geht den Abonnenten, die einen diesbezüglichen schriftlichen Antrag beim Verlage bereits gestellt haben oder unter Beifügung der Abonnementsquittung noch stellen werden, unentgeltlich durch die Post zu. Beschwerden über Nichtzustellung sind an die zuständigen Postämter zu richten. Nichtabonnenten können den Wochenkurszettel wie auch die Effekten-Verlosungs-Listen bei ihrer Postanstalt besonders abonnieren. Der Bezugspreis beträgt monatlich je 30 Pfennig.

Wiedereröffnung der Prager Börse? Aus Prag wird gemeldet: In der Nationalversammlung erklärte Finanzminister Horacek, er werde bei der Valutareform den von dem früheren Finanzminister Rasin eingeschlagenen Weg mit einigen Abweichungen fortsetzen. Die Börse solle wieder eröffnet werden. Neue Steuern und eine Vermögensabgabe seien notwendig. Die finanzielle Lage sei sehr schwierig. Die Kriegsereignisse in der Slowakei und Wetterkatastrophen hätten die Lage noch verschlimmert. Zudem sei es unsicher, ob seitens der Pariser Friedenskonferenz nicht noch unliebsame Ueberraschungen bevorstünden, und wie schliesslich die Liquidierung mit dem ehemaligen Oesterreich ausfallen werde.

*** Neue Zinssätze im Bankverkehr.** Die Berliner Bankenvereinigung hat in Uebereinstimmung mit den Vereinigungen in Köln, Hamburg und München beschlossen, die Zinssätze mit Wirkung ab 1. Juli wie folgt festzusetzen: a) für Geld, das noch im gleichen Monat fällig wird, 2½ pCt.; b) für Geld, das über Monatsende hinaus bis längstens zum Ende des nächsten Monats gegeben wird, 3 pCt. Ausserdem werden für Einlagen mit täglicher Kündigung 1½, für Geld, unkündbar bis drei Monate, 3½ pCt., für Einlagen, unkündbar von drei bis sechs Monaten, 3½ pCt. und für Geld, mindestens sieben Monate unkündbar, 3¾ pCt. gezahlt.

Wien, 17. Juli. Notierungen der Deutschösterreichischen Devisenzentrale. Berlin 222 G., 222,50 B. (K. v. 16.: 222 G., 222,50 B.).

Amsterdam, 17. Juli. Wechsel auf Berlin 16,50 (K. v. 16.: 16,90), auf Wien 8 (8).

Stockholm, 17. Juli. Sichtwechsel auf Berlin 26,50 (K. v. 16.: [...]

Kopenhagen, 17. Juli. Sichtwechsel auf Hamburg 28,00 ([K. v.] 16.: 29,00).

Zürich, 17. Juli. (Privat-Telegramm.) Devisenkurse. [Berlin] 37 (Vor. Kurs: 37½), Wien 16¾ (17¼), Prag 27½ (27).

* An der Börse

war bei Beginn des Verkehrs die Haltung vorwiegend ziem[lich] fest, in der Erwartung, dass der Landarbeiterstreik keine weitere [Aus]dehnung nehmen würde. Auch wirkte die anfängliche Befestigun[g der] deutschen Anleihen anregend, die Umsätze waren jedoch allgeme[in, da] sich grosse Zurückhaltung in der Geschäftstätigkeit bemerkbar m[achte,] sehr gering. Bald nach den ersten Kursen trat, ausgehend vo[n einer] scharfen Ermattung der Deutschen Waffen-Aktien, die [etwa] 10 pCt. verloren, eine allgemeine Abschwächung ein. [Ver]stimmend wirkte u. a. die Note des Marschalls Foch, auch wur[de die] innerpolitische Lage weniger zuversichtlich beurteilt. Am Mon[tan]aktienmarkt waren nur geringe Preisveränderungen zu verzei[chnen,] die meisten Werte neigten aber leicht zur Schwäche. Phönix-[Aktien] verloren fast 2 pCt. Schiffahrtswerte, in denen nur [wenig] Umsätze stattfanden, waren gut behauptet, nur Hamburg-Südam[erika]nische Dampfer-Aktien verloren etwa 2 pCt. Schwache Haltung [zeigte] der Elektroaktienmarkt, wo sich die führenden Werte [um] bis 3 pCt. niedriger stellten. Von den Werten der chemischen Fa[briken] gaben die Aktien der Elberfelder Farbwerke um etwa 5 pCt., d[ie der] Höchster Farbwerke um ca. 2 pCt. im Kurse nach. Von son[stigen] Papieren hoben sich die Aktien der Türkischen Tabak-Gesellscha[ft um] 15 pCt., die der Orientbahn um 5 pCt. und der Gebrüder Böhler-[Gesell]schaft um 2 pCt. Dagegen büssten die Aktien der Hirsch Kupfer-[...] 4 pCt. und die der Rheinischen Metallwarenfabrik 5 pCt. ein.

Im Verlaufe der Börse stand der Verkehr im Zeichen [der] Lustlosigkeit bei weiter abbröckelnden Kursen.

Variable Kurse.

	17. 7.	Heutige Kurse.			
Lombard	19 5/8	—	—	—	—
Pr. Henry	204 1/2	—	—	—	—
Orientb.	247	252	—	—	—
Schantg.	131 3/4	130 1/4	—	—	—
Gr. Berl.	123 3/4	122 3/4	123	—	—
Türk. Tab.	463	—	478	—	—
D. Austral.	148	—	149	—	—
Hbg. Pak.	100 1/2	—	—	100 1/8	100 1/8
„ Südam.	170 1/2	—	168 3/4	—	—
Hansa	223 1/2	223	—	—	—
Ndd. Lloyd	102	102 1/8	—	—	—
Bismarck	211 1/2	213	—	211 1/2	211 1/2
Bochumer	190	191	—	—	—
Dt. Luxb.	148	147 1/2	147 1/4	—	—
Gelsenk.	179 1/4	180	179 1/2	178 1/2	178 1/2
Harpener	167	167	—	—	—
Hohenlohe	123 1/8	121 1/2	—	121	121
Kattowitz	147 1/4	147	—	—	—
Laura	168 1/2	168 1/4	—	147 1/2	147 1/2
Lothr. Htt.	157	157 1/2	—	—	—
Mannesm.	179 1/2	178 1/2	—	—	—
Ob.-Eis.-B.	136 3/4	136 1/2	—	—	—

	17. 7.	Heutige K[urse.]		
O. Eis.-Ind.	146	148 1/2	148	147
Phönix	197 1/4	197	—	195[...]
Rhein. St.	146 1/4	145 1/2	—	—
Rombach.	149	—	150	—
A. f. Anil.	247	246 1/2	—	—
Bad. „	330	329 3/4	—	—
Elb. Farb.	295	—	290 1/2	—
Höchster	300 1/2	298 3/4	—	—
A E G	181	178 1/2	179	—
Bergmann	146	147 1/2	—	—
Siem. u. H.	165	—	—	—
Schuckert	126	—	—	123
Felt. Guill.	164	—	161 1/2	161[...]
Gb. Böhler.	184 3/4	186 3/4	—	—
Dt. Waffen	207	—	198	196
Hirsch K.	224 1/2	222 1/2	220 1/2	—
V. Köln-R.	—	—	—	181[...]
Orenstein	173 1/2	172	—	—
Rhein. Met.	192	—	186 1/2	187
Daimler	204	205 1/2	—	205
Dt. Kali	175 1/2	175	—	174[...]

Kurse Berliner Bankaktien: Commerzbank 124½, [Dis]kontogesellschaft 155¾, Nationalbank 101, Mitteldeutsche Kre[ditbank] 114¾, Darmstädter Bank 109¾, Deutsche Bank 196½, Dresdner [Bank] 134, Handelsgesellschaft 154¼.

Am Markt der mit Einheitskursen notierten Papiere wa[r] die Haltung wenig einheitlich, Es überwogen aber eher noch die [Ver]besserungen. Höher notiert wurden u. a. die Aktien der Marie[...] Kotzenau 5 pCt., Dürkopp-Werke 5 pCt., Wanderer-Fahrra[d] 5 pCt., Zuckerfabrik Fraustadt 7 pCt., Kammgarnspinnerei Werns[...] 9 pCt., Rheinische Möbelstoffabrik 20½ pCt., Königsberger Ze[llstoff]fabrik 13 pCt., Karl Berg 8½ pCt. und Ohles Erben 8 pCt. [...] waren die meisten Terrainwerte im Durchschnitt 4 bis 5 pCt. im [Kurse] gebessert. Kurseinbussen erlitten dagegen die Aktien der [...] Rüningen 5 pCt., Auer-Gesellschaft 13 pCt., Th. Goldschmidt 7½ [...] Stöwer 7¾ pCt., Telephonfabrik Berliner 5 pCt., Asphaltwerke J[...] 5 pCt. und Döhring & Lehrmann 4 pCt.

Von den im freien Verkehr umgesetzten Werten erlitten die Aktien der Heldburg-Gesellschaft einen Kurssturz um ca. 7 pC[t.,] zwar auf Gerüchte über neuen grossen Geldbedarf bei der Gesel[lschaft.] Auch die Aktien der Benz-Gesellschaft tendierten matt, Petroleu[m-Aktien] waren behauptet. Von Kolonialanteilen waren die der [...] west Comp. um ca. 5 pCt. abgeschwächt. Auch Canada Shares [waren] mit 399 pCt. eher etwas abgeschwächt, die Aktien der Baltimore a[nd Ohio] Bahn waren gut behauptet.

Am Rentenmarkt waren heute heimische Anleih[en-] Kurse abgeschwächt, Kriegsanleihen setzten zu 84¼ e[in und] gingen späterhin auf 83½ pCt. zurück. Auch die älteren hei[mischen] Werte gaben ½—¾ pCt. im Kurse nach. Oesterreichische und un[garische] Werte waren gesucht. Portugiesische Spezialtitres [...] 1½ M. höher bewertet.

Telegraphische Auszahlungen	18. 7. Geld	18. 7. Brief	17. 7. Geld	17. 7. Brief
Holland ....G.	575	575 1/4	575	575 1/2
Kopenhag. Kr.	340	340 1/2	337	337 1/2
Stockholm Kr.	368	368 1/2	365	365 1/2
Christiania Kr.	359	359 1/2	356	356 1/2
Helsingfors ..	101 3/4	102 1/4	101 3/4	102 1/4
Schweiz. ...Fr.	270	270 1/4	267	267 1/4

Telegraphische Auszahlungen	18. 7. Geld	18. 7. Brief	Ge[ld]
Wien.... Kr.	44.95	45.05	44.9[...]
Budapest Kr.	—	—	—
Konstantinop. T. P.	—	—	—
Madrid... / Barcelona Ps.	284	285	281[...]

Tägliches Geld stand unverändert mit ca. 4¼ pCt. z[ur Ver]fügung.

R. Wolf, Maschinen- und Lokomobilenfabrik, M[agde]burg, 15 pCt. (18). Generalversammlung 1. August.

Eilenburger Kattunmanufaktur Akt.-Ges. 5 pCt. (6[...]

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: i. V. Bruno St[...] Berlin; für auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Vermischtes, Gerichtszeitung und Sport: Arno Arndt-Wilmersd[orf;] das Feuilleton: Paul Block-Schöneberg; für die Handelszeitung: Dr. Adolf Roeber-Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: [...] Pils-Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Baron-Sch[...]
Druck und Verlag Rudolf Mosse in Berlin.